

Bekanntlich sind auch Leiharbeitskräfte der Fa. Flexwork im FSW beschäftigt. Wie sieht die Vereinbarung hier aus?

LeiharbeiterInnen sind in derjenigen Gewerkschaft zu organisieren, die für den jeweiligen Betrieb zuständig ist. Die Möglichkeit zum Beitritt bzw. Übertritt

besteht praktischerweise nach 6 Monaten Dienstverhältnis im jeweiligen Betrieb. Das heißt für den FSW, dass FlexworkerInnen nach einem Beitritt zur GdG-KMSfB selbstverständlich auch den vollen Schutz bei arbeitsrechtlichen Problemen von uns bekommen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch betonen, wie wichtig starke, nicht geteilte Gewerkschaften sind. Diese können nämlich geschlossen agieren und somit die Interessen der MitarbeiterInnen bestmöglich vertreten.

Vielen Dank für das Interview!

Wir sind viele! - FSG gemeinsamaktiv sind:

Im Fonds Soziales Wien

Andreas „Andy“ Band
andreas.band@fsw.at
0676-8118-50030

Ilse Bortel
ilse.bortel@fsw.at
4000-66625

Andrea Clemenz
andrea.clemenz@fsw.at
4000-66186

Michael Dolezal
michael.dolezal@fsw.at
4000-66317

Sascha Faderny
sascha.faderny@fsw.at
4000-66652
Fraktionsvorsitzender

Lydia Fichtinger
lydia.fichtinger@fsw.at
4000-19825

Maria Günüc
maria.guenuec@fsw.at
4000-66144

Sanela Hadziarapovic-Hasanovic
sanela.hadziarapovic-
hasanovic@fsw.at
4000-10806

Sabine Hofer-Gruber
sabine.hofer-gruber@fsw.at
4000-66514

Sabine Jindra
sabine.jindra@fsw.at
4000-66657

Claudia Kraut
claudia.kraut@fsw.at
4000-66164

Renate Obadigbo
renate.obadigbo@fsw.at
4000-66683

Andreas Pacholet
andreas.pacholet@fsw.at
4000-66148

Erna Rupic
erna.seckel@fsw.at
4000-02827

In der
„wieder wohnen“
GmbH

Petra Eger
petra.eger@fsw.at
4000-59335

Doris Hodics
doris.leiner@fsw.at
4000-59300

Andreas Leitner
andreas.leitner@fsw.at
4000-59344

Robert Polak
robert.polak@fsw.at
4000-59150

In der „Pflege- und
Betreuungsdienst
GmbH“

Sylvia Fortner
sylvia.fortner@fsw.at
4000-66876

**Grazyna-Maria
Peitzmeier**
grazyna.peitzmeier@fsw.at
4000-66865

Anna Plan
anna.plan@fsw.at
27 522-5908

Renate Repa
renate.repa@fsw.at
4000-66864

Manuela Sramek
manuela.sramek@fsw.at
4000-66504

FSG gemeinsamaktiv

Informationszeitung für KollegInnen im FSW
Nummer 11 - 11. Oktober 2011



Christian Meidlinger mit Sascha Faderny und
Renate Obadigbo am 1. Gewerkschaftstag der
GdG-KMSfB im Austria Center

„Wir leben Gewerkschaft!“

Ein Interview mit Christian Meidlinger

Veränderungen im Sozialbereich, Wirtschaftskrise, Sparkurs und Privatisierungen zur Sanierung der Kommunen sind Schlagwörter, mit denen wir als MitarbeiterInnen des FSW aber auch als BürgerInnen ständig konfrontiert werden. **Sascha Faderny** (Zentralbetriebsrat, Betriebsrat und Personalvertreter im FSW) und **Renate Obadigbo** (Zentralbetriebsrätin und Betriebsrätin im FSW) von der **Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen im FSW (FSG gemeinsamaktiv)** haben Ing. **Christian Meidlinger**

in seiner Funktion als Vorsitzender der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten - Kunst, Medien, Sport und freie Berufe (GdG-KMSfB) und Vorsitzender der **FSG-Wien** zu diesen Themen interviewt. Die Sicht der Gewerkschaft und Forderungen zur Sicherung der Daseinsvorsorge sind im folgenden Interview nachzulesen. Zusätzlich gibt Christian Meidlinger Einblick in die Besoldungsreform der Magistratsbediensteten und Informationen zur gewerkschaftlichen Organisation von LeiharbeiterInnen.

Vom Österreichischen Gewerkschaftsbund (ÖGB) kommt immer wieder die Forderung, dass die Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand bleiben soll. Aus welchen Gründen ist das auch für die GdG-KMSfB so wichtig?

Christian Meidlinger: Die Ausgangslage zeigt, dass die Wirtschaftskrise im öffentlichen Sektor angekommen ist. Die Kommunen haben die lokale Wirtschaft während der Krise durch vorgezogene Projekte unterstützt, gleichzeitig sind aber

Impressum: Wir SozialdemokratInnen im Gemeindedienst Nr.: 3/2011,
Verlagspostamt 1230 Wien – P.b.b. GZ 02Z031801M Sponsoring Post
Eigentümer, Herausgeber & Verleger: FSG im FSW, 1030 Wien, Guglgasse 7-9 • fsg-gemeinsamaktiv@gmx.at •
Redaktion: Sascha Faderny • **Grafik:** Ron Pötzl • **Verlags- & Herstellungsort:** 1090 Wien • DVR 0562041 • ZVR 09092056

durch die Krise die Transferleistungen gestiegen. Diesen höheren Ausgaben der Kommunen stehen reduzierte Einnahmen z.B. durch geringere Steuereinnahmen entgegen. Bei einigen politischen und gesellschaftspolitischen relevanten Gruppen wird daher wieder einmal der Ruf nach Privatisierung als Lösung laut. Ein Einmaleffekt durch Privatisierung kann natürlich keine Lösung für die gesamte Finanzgebarung der Kommunen sein! Wir von der GdG-KMSfB sind daher für den Verbleib der Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand - im Interesse der Bevölkerung und natürlich auch im Interesse der Beschäftigten in diesem Bereich.

Ist in diesem Zusammenhang auch die Forderung der 1. Wiener Landeskonzferenz der GdG-KMSfB vom 29. und 30. September 2010 nach der Wiedereingliederung des FSW zu sehen?

Der Beschluss der Landeskonzferenz schlägt in dieselbe Kerbe und hat natürlich auch Symbolcharakter. Grundsätzlich fokussieren wir in der jetzigen Situation auf den Verbleib der Daseinsvorsorge in der öffentlichen Hand und dass gesellschaftspolitischen Modellen, die gerade in Krisenzeiten vermehrt Privatisierung und Gewinnmaximierung als Ziel haben, entgegengewirkt wird.



Stellen ihre Fragen: Sascha Faderny ...



... und Renate Obadigbo

Mir wäre es natürlich lieber, wenn die gesamte Daseinsvorsorge in ganz Österreich in der öffentlichen Hand ist, und zwar direkt. Also auch nicht in ausgegliederten Bereichen, das entspricht aber momentan nun einmal nicht der Realität. Daher bleibt diese Forderung bestehen, auch wenn ich eine rasche realpolitische Umsetzung nicht für sehr wahrscheinlich halte.

Was würde eine Wiedereingliederung für die MitarbeiterInnen des FSW bedeuten?

Im Falle einer Wiedereingliederung würde bei der technischen Verwirklichung natürlich ganz besonders darauf geachtet werden, dass es zu keiner wie auch immer gearteten Verschlechterung käme. Und nachdem die Arbeit ja auch weiterhin gemacht werden muss, würde es auch nicht zu Jobverlusten kommen. Wenn man zwei Kommunen zusammenlegt, wird ja z.B. das Straßennetz der beiden Gemeinden durch die Zusammenlegung auch nicht kleiner. Aber das betrifft rein technisches Prozedere; wir verfolgen zunächst das grundsätzliche Ziel, dass die Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand verbleibt.

Eine Auseinandersetzung mit konkreten Umsetzungsschritten hätte erst nach einer getroffenen Grundsatzentscheidung Sinn. Aber wie bereits erwähnt, sind die realpolitischen Chancen aus momentaner Sicht gering.

Welche Maßnahmen wurden von den Gewerkschaften bislang zur Sicherung der Daseinsvorsorge gesetzt?

Es gibt seit Mai 2010 die zivilgesellschaftliche Allianz „Wege aus der Krise“, der auch die GdG-KMSfB angehört. Darin werden die Gemeinden für eine Resolution eben zur Sicherung der Daseinsvorsorge bzw. der kommunalen Grundversorgung aufgerufen, um die Bundesregierung zu überzeugen, künftig mehr Budget dafür bereitzustellen. Bürgermeister Michael Häupl hat die Resolution bereits unterschrieben. Es geht darum, dass es verschiedene Finanzierungstöpfe gibt, die man zur Sicherung der Daseinsvorsorge angreifen kann; also um eine gerechte Verteilung der Steuereinnahmen und Bedarfsmittel.

Die Forderung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB) aus dem Jahr



2010 nach einer Sozialmilliarde für den Gesundheits- und Sozialbereich geht in die gleiche Richtung. Wie sieht der Umsetzungsstand dieser Forderung aus?

Die gewünschte Enquete hat es leider bis dato im Parlament nicht gegeben. Daher hat am 19. September 2011 auf Initiative der Teilgewerkschaften GPA-djp und VIDA eine eigene Enquete stattgefunden, zu der Interessierte und betroffene Personen eingeladen waren, ihre Sorgen im Sozialbereich zu artikulieren. Wir sind uns im ÖGB im Klaren darüber – und da spreche ich auch als Mitglied des ÖGB-Vorstands – dass für den Sozialbereich mehr finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen, wenn die Leistungen im bisherigen Ausmaß und in der bisherigen Qualität beibehalten werden sollen.

Heißt das, der FSW würde als ausgegliederter Bereich der Stadt Wien auch von einem Erfolg der Allianz „Wege aus der Krise“ und der Forderung nach der Sozialmilliarde profitieren?

„Keine Verschlechterungen bei Wiedereingliederung!“

Ja, davon gehen wir aus. Die Erwartungshaltung ist natürlich, dass gerade Unternehmungen der Daseinsvorsorge auch von diesen Forderungen profitieren.

Im heurigen Jahr wurde bekanntlich die Arbeitgebervereinigung Soziales Wien (ASW) als Verein gegründet, u.a. mit dem Ziel der rechtlichen Befähigung zum Abschluss eines gemeinsamen Kollektivvertrages ihrer Mitglieder. Diese sind laut ASW-Homepage bis dato nur der FSW inkl.

dessen Tochtergesellschaften und die Aus- und Weiterbildungszentrum Soziales Wien GmbH. Gibt es hier aus Sicht der GdG-KMSfB etwaige Risiken für zukünftige Kollektivvertragsverhandlungen?

ArbeitgeberInnen können sich natürlich auf verschiedenste Arten zusammenschließen. Als Gewerkschafter sehe ich keinen Grund zur Sorge, dass durch einen neuen Arbeitgeberverband Kollektivverträge schlechter werden. Ich fürchte mich nicht vor Kollektivvertragsverhandlungen mit der ASW. Die GdG-KMSfB tritt immer und überall an, um die Arbeitsbedingungen und die Einkommenssituation für die MitarbeiterInnen zu verbessern.

Eine Anmerkung habe ich noch zu diesem Thema und zum Thema des Verbleibs der Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand: In einer Situation, in der Kommunen aufgrund der Finanzlage



ausgliedern und auslagern, ist es für uns als GdG-KMSfB wichtig, dass wir immer kollektivvertragsfähig sind und nicht aufgrund der Gewerbeordnung plötzlich irgendein anderer Kollektivvertrag zu gelten hat. Daher wollen wir bundesweit einen Kollektivvertrag für ausgegliederte Unternehmungen abschließen. Damit wäre sichergestellt, dass die Arbeitgeber sich nicht aussuchen können, in welchen Kollektivvertrag die jeweiligen MitarbeiterInnen fallen, sondern wir die Vertretungsbefugnis in diesen Bereichen behalten.

Somit würde unser besserer Kollektivvertrag und nicht plötzlich schlechtere

Gewerbekollektivverträge zur Geltung kommen. Diese Sicherheit wollen wir den MitarbeiterInnen geben!

Stichwort „Besoldungsreform“: Wird das Besoldungsrecht für Magistratsbedienstete auf ein analytisches Gehaltsmodell umgestellt?

Wir haben mit dem momentanen Gehaltssystem zwei große Problemlagen: Zum einen bekommen wir in vielen Bereichen keine Fachkräfte mit Berufserfahrung für den Gemeindedienst, weil die Bezahlung und die Anrechnungsbestimmungen nicht sehr attraktiv sind. In Niederösterreich, wo Gemeindebedienstete im Übrigen ein analytisches Gehaltssystem haben, wird z.B. im Sozial- und Kindergartenbereich besser bezahlt. Das zweite Problem ist, dass es bei manchen Stufen des Besoldungsschemas mit Führungsverantwortung längere Zeit keine Besoldungsaufwertung gegeben hat. Der Schritt zur Übernahme einer Führungsposition mit unwesentlich höherer Bezahlung aber mit viel mehr Verantwortung ist für die MitarbeiterInnen beruflich nicht sehr interessant.

Zusätzlich zu diesen beiden Problematiken wollen wir eine Neuverteilung der Aktiv-Lebensverdienstsumme, sprich die Einstiegsgehälter höher gestalten und die Kurve dafür flacher verlaufen lassen, damit zu Beginn der Verdienstzeit den jungen Menschen das Geld zum Existenzaufbau zur Verfügung steht.

Beim Gehaltsschema des FSW liegt der Schwerpunkt - im Gegensatz zur Stadt Wien - nicht auf der Ausbildung. Soll sich das im Zuge der Besoldungsreform auch ändern?

Ja, und zwar wollen wir damit Neuzugänge mit Berufserfahrung verstärkt ansprechen aber auch intern die Möglichkeiten schaffen, dass die Funktion und nicht die Ausbildung das ausschlaggebende Kriterium darstellt. Z.B. sind Budgetverantwortliche je nach

Als analytisches Gehaltssystem wird ein Modell bezeichnet, wo der Schwerpunkt nicht in der (schulischen) Ausbildung liegt, sondern in den bisher beruflich erbrachten Tätigkeiten, ähnlich wie bereits jetzt im FSW bei Privatangestellten.

Ausbildung A-, B- oder C-Kräfte, obwohl sie oft die gleiche Art der Tätigkeit ausüben.

Was bedeutet eine solche Umstellung für die MitarbeiterInnen bzw. was ändert sich für sie?

Ganz wichtig: Die neue Besoldungsstruktur entwickeln wir für neu eintretende Gemeindebedienstete. Seitens der GdG-KMSfB soll es für Altbedienstete die Möglichkeit geben, in das neue System zu optieren, wenn es Sinn macht. Klarerweise müssen wir die Dienstgeberin (Magistratsdirektion) noch davon überzeugen. Aber an bestehenden Dienstverträgen wird sich nichts ändern.

Bis wann können wir hier mit einer Umsetzung rechnen?

Derzeit sind wir im Stadium der Forderung. Falls wir die Stadtverantwortlichen überzeugen, sprechen wir in diesem Fall von Auswirkungen auf ca. 70.000 MitarbeiterInnen. Ich gehe davon aus, dass dieses Projekt für einen Zeitraum von ungefähr 10 Jahren ausgelegt ist, frei nach dem Prinzip „Gut Ding braucht Weile“.

Für Privatangestellte im FSW ist auch die GdG-KMSfB zuständig. Dazu gibt es eine offizielle Vereinbarung mit der Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus und Papier (GPA-djp).



„Mehr Anreize für Fachkräfte durch Besoldungsreform!“